

2. Sitzung Arbeitsgruppe Infrastrukturen für die Energiewende vom 9. Mai 2023

In der Sitzung haben die Teilnehmenden das bereits zuvor als prioritär gesetzte Thema „kommunale Wärmewende“ weiter ausdifferenziert.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde schnell deutlich, dass für die konkrete Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, vor allem auch im Bestand, fundamentale Grundlagen fehlen, die alle drei bisher benannten Fragestellungen und Ziele – Rolle der Akteure, Rechtssicherheit bei der Überführung in die Bauleitplanung und Rechtliche und technische Handlungssicherheit für die kommunale Wärmeplanung – tangieren. Wir haben uns deshalb entschieden, zunächst diese Hürden zu sammeln und zu benennen.

Deshalb wurden die Teilnehmenden gebeten, die aus ihrer Sicht bestehenden Hürden im Ordnungsrecht, im Genehmigungsrecht und im Bau- und Planungsrecht in Kurzform zu benennen (Ergebnis unten anstehend).

Daraus sollen im weiteren Verlauf Vorschläge für Lösungen abgeleitet werden (bspw. Genehmigungsrecht für Fernwärmenetze äquivalent zu Stromnetzen).

Ziel ist die gemeinsame Skizzierung eines Ermöglichungsrahmens für die Umsetzung der Wärmewende.

Zusammenfassung der Rückmeldungen zum Thema kommunale Wärmeplanung:

Grundsätzlich:

- Der Grundgedanke von Energy Sharing ist in Art. 22 der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EE-RL) verankert. Die dort genannten Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (EE-Gemeinschaften) dürfen nach EU-Recht aus eigenen, regionalen Anlagen Erneuerbare Energie produzieren, verbrauchen, speichern und verkaufen sowie die innerhalb der EE-Gemeinschaft produzierte Erneuerbare Energie gemeinsam nutzen, also das so genannte Energy Sharing. Gemäß der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) vom 11. Dezember 2018 mussten die Mitgliedsstaaten bis 30. Juni 2021 sicherstellen, dass die Rechte der Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften in nationales Recht umgesetzt sind. Dennoch existiert in Deutschland bisher kein Förderrahmen für Energy Sharing und damit auch die Grundlage für Wärmegemeinschaften.

Ordnungsrecht:

- Für die kommunale Wärmeplanung werden essentielle Daten, wie bspw. Wärmeverbrauchsdaten von Energieversorgungsunternehmen, benötigt. Diese können allerdings aus Datenschutzgründen nicht abgerufen werden. Ohne diese Wärmeverbrauchsdaten kann die kommunale Wärmeplanung lediglich auf weniger

realitätsnahe Daten bauen, was die Güte der Wärmeplanung beeinflusst oder sie wird schlicht verzögert. Insgesamt bedarf es einer entsprechenden Rechtsgrundlage für das Land Bremen zum Abruf der für die kommunale Wärmeplanung erforderlichen Daten.

- Für das **Land Niedersachsen** ist im § 21 NKlimaG ist die Datenverarbeitung zur Erstellung von Wärmeplänen mit einer Datenerhebungsermächtigung für Kommunen geregelt: Für die Wärmeplanung erforderliche Daten dürfen bei allen Personen und Stellen, bei denen entsprechende Daten vorhanden sind, erhoben werden. EVUs und Schornsteinfeger sind zur Übermittlung verpflichtet
Zudem wird vom Land Mitte 2023 eine digitale Wärmebedarfskarte für ganz Niedersachsen mit Erfassung und Beschreibung des Wohn- und Nichtwohngebäudebestand in Niedersachsen anhand unterschiedlicher Gebäudeparameter (gebäudescharfe Polygone) zur kostenfreien Nutzung der Daten durch die Kommunen (Abgabe als shape-Format) bereitgestellt.

Genehmigungsrecht:

- Privatwirtschaftliche Nahwärmenetze zählen aktuell nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge (wie Strom, Gas, Wasser, etc.) und werden daher nicht für bautechnisch und wirtschaftlich angemessene Verlegetiefen im öffentlichen Straßenraum genehmigt. Ferner ist die rechtliche Regelung der Bereitstellung öffentlichen Grunds für solche Netze nicht abschließend geklärt.
- Es bedarf eines (vereinfachten?) Verfahrens für Bohrgenehmigungen von Erdwärmesonden im öffentlichen Raum (Straße, Gehweg) bei Bestandsgebäuden.
- Die Auswirkung des zukünftigen Gebäudeenergiegesetz GEG (65%-EE-Regelung) auf die Genehmigungspraxis bei Wärmenetzen sind noch nicht absehbar/geklärt.

Bau- und Planungsrecht:

- Grundsätzlich ermöglicht das Recht der Bauleitplanung durch Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten in Bauleitplänen Flächen für Wärmeinfrastrukturen und -maßnahmen zu sichern.
- Das allgemeine Städtebaurecht verlangt aktuell zwar die Berücksichtigung kommunaler Wärmepläne bei der Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Bauleitplänen, allerdings lassen sich deren Inhalte nicht klar einem konkreten Abwägungsbelang des § 1 Abs. 6 BauGB zuordnen, wodurch die Priorisierung erschwert wird.
- Während der abschließende Festsetzungskatalog des § 9 BauGB mit Blick auf Neubaugebiete weitgehende Festsetzungen zur Umsetzung kommunaler Wärmepläne ermöglicht, bietet er in Bezug auf Bestandsgebiete aktuell keine ausreichenden Möglichkeiten für die Umsetzung kommunaler Wärmepläne.
- Es bedarf einer übergeordneten Netzplanung, um die kommunale "Wärme"planung als kommunale "Energieplanung" mit paralleler Betrachtung der Stromnetze in Sektorkopplung zu verknüpfen. Dabei ist zu klären, welche (zusätzlichen) Spielräume oder auch Vorgaben es im Planungsrecht zukünftig für Quartiersnetze für Wärme und Strom gibt.
- Zudem ist die Rolle der Akteurinnen und Akteure nicht abschließend geklärt: Die kommunale Wärmeplanung richtet sich an Gemeinden, die ab einer gewissen Größe eine Wärmeplanung machen sollen. Aber wer ist durch gesetzliche Regelungen verpflichtet die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen? Instrumente einer Stadt oder Gemeinde ist die Bauleitplanung, die aber nur eine Angebotsplanung ist. Daneben

gibt es nach dem NKomVG (Nds. Kommunalverfassungsgesetz) den Anschluss- und Benutzungszwang. Wenn eine Gemeinde davon Gebrauch machen will, müssen entsprechende Anlagen (z.B. Wärmenetze) vorhanden sein. Wer ist auf welcher Grundlage verpflichtet, solche Netze zu bauen?

Aktuell existiert ein Referentenentwurf für ein Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Bundesgesetz). Danach sollen z.B. die Betreiber von Wärmenetzen verpflichtet werden, die bestehenden Wärmenetze bis 2030 mindestens zur Hälfte mit Wärme aus erneuerbaren Energien zu speisen.

Förderung:

- Bisher ist eine Förderung lediglich für einzelne Kommunen möglich und eine Bündelung der Vergabe durch einen Landkreis ist vergaberechtlich kritisch. Dadurch werden übergreifende Konzepte und Kooperationen erschwert.
- Es ist zu klären, in welcher Form Kommunen oder gegebenenfalls Landesprogramme die Entwicklung von neuartigen Wärmenetzen unterstützen können. Dies könnte bspw. durch eine finanzielle Risiko-Übernahme oder auch durch die Bildung von Agenturen, die professionelle Unterstützung bei der Umsetzung für Energiegenossenschaften, Quartiersinitiativen oder Gewerbebetriebe/-gebiete anbieten, erfolgen.